

Gesundheit – Schwerpunkt auch im Schweizerischen Seniorenrat

Seit dem November des letzten Jahres gibt es den Schweizerischen Seniorenrat (SSR). Er wurde gebildet von der Vasos – einer Dachorganisation von Rentnerorganisationen, der auch die AG Alter angehört – und dem Schweizerischen Senioren- und Rentnerverband (SSRV). Die beiden Verbände delegieren je gleichviel Mitglieder in den Seniorenrat. Dieser wirkt auf Bundesebene als Partner gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit. Bundesrätin Ruth Dreifuss hat die Gründung des SSR begrüsst und ist bereit, ihn als Gesprächspartner zu akzeptieren.

An der Gründungsversammlung im November 2001 wurde ein Copräsidium mit Angeline Fankhauser (Vasos) und Walter Seiler (SSRV) gebildet. Dem Leitenden Ausschuss gehört unter anderem auch Karl Aeschbach von der AG Alter an. Am 6. Februar hat die erste Arbeitssitzung des SSR stattgefunden, an der die Prioritäten für

die kommenden Monate festgelegt wurden. Dabei wurden drei Arbeitsgebiete als besonders wichtig eingestuft: die Gesundheitspolitik, die AHV und die übrigen Zweige der Sozialversicherung, sowie das Bild des Alters in der Gesellschaft.

Als erste konkrete Aktion ist nun der Seniorenrat mit einem Brief an den Bundesrat gelangt, in welchem er diesen auffordert, die Organisationen der „Betroffenen“, insbesondere der Rentnerinnen und Rentner, sowie der Behinderten und die Patientenorganisationen, zu einem „Runden Tisch“ einzuladen und ihre Meinung zur künftigen Gestaltung der Gesundheitspolitik anzuhören. Im Schreiben des Seniorenrates werden dabei vier Bereiche als vordringliche Themen angeführt: die Erhaltung der Solidarität zwischen den Generationen in der sozialen Krankenversicherung (Ablehnung von Modellen, die altersabhängige Prämien und damit eine Diskriminierung der Älteren zum Ziel haben), die Erhaltung einer Grundversicherung, die alles medizinisch Notwendige deckt (kein Abbau des Leistungskataloges), eine vermehrte Mitsprache der Betroffenen und ein eigentliches Präventionsprogramm für das Alter.

Mit diesem Brief meldet die ältere Generation ihren Willen an, künftig als Partner in der Gesundheitspolitik ernst genommen zu werden. In der Tat sind die älteren Menschen in einer Reihe von Fragen direkt betroffen: bei Umfang und Qualität der Leistungen, in den ungelösten Finanzierungsfragen (unsoziale Kopfprämien), beim Problem der Pflegeleistungen und bei den Grundrechten von Patientinnen und Patienten. Wir sehen darum der Antwort von Bundesrätin Ruth Dreifuss mit Spannung entgegen.